

Stellungnahme der CDU, FWG und Grüne zum Bürgerbegehren in Boppard

Am heutigen Montag steht das von einer Bürgerinitiative gewünschte Bürgerbegehren zum Bopparder Schwimmbad auf der Tagesordnung der öffentlichen Stadtratssitzung.

In der Stadtratssitzung vom 30.11.2009 hatte der Stadtrat bekanntermaßen die Schwimmbadentscheidung bis zur Vorlage des Haushaltsplans 2010 vertagt. Dies geschah mit Blick auf die sprunghaft angestiegene Verschuldung der Stadt Boppard, die eine neue Verschuldung von bis zu 17 Millionen Euro alleine für die geplante Römertherme bedeutet hätte. Immerhin würde dies eine Schuldenlast von über 1000 Euro für jeden Bopparder Bürger bedeuten und die Handlungsfähigkeit der Stadt auf unabsehbare Zeit beeinträchtigen. Auch wenn eine GmbH als Betreiber eingesetzt würde, liegt die Haftung mittels einer Bürgschaft für die Kredite voll bei der Stadt.

Wir sehen unsere Einschätzung durch das Schreiben der Kreisverwaltung zur Haushaltslage bestätigt.

Auch wir haben immer deutlich gemacht, dass ein Schwimmbad für Boppard notwendig ist. Allerdings sollte in dieser schwierigen Zeit eine andere Lösung als dieses riskante Bauvorhaben möglich sein. Immerhin müssen wir alles über Kredite finanzieren. Ein Schwimmbad ja, aber nicht um jeden Preis.

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir den Wunsch nach einem Bürgerbegehren respektieren. Die Bopparder Bürger sollen ihre Meinung kundtun können.

Daher ist es für uns auch selbstverständlich, dass wir Entscheidungen zum Bad am Montag nicht treffen können, da dies ja dem zu erfragenden Bürgerwillen (Bürgerentscheid) zuvorkommen würde.

Wolfgang Spitz, Vorsitzender des CDU Stadtverbandes Boppard

Klaus Brager, Vorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen in Boppard

Jürgen Schneider, Vorsitzender der Freien Wähler Boppard e.V.